

**Protokoll der 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, 16.12.2016, 20:00 Uhr
im Sitzungssaal des historischen Rathauses, Rathausgasse 6, 63654 Büdingen**

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Gohlke, Kerstin

Harris, Benjamin Carlos

abwesend von 21:00 bis 21:40 Uhr

Jentzsch, Dieter

Merz, Klaus

Michel, Simone

ab 20:10 Uhr

Preußner, Robert

SPD-Fraktion

Huxhorn-Engler, Sieglinde

Kaiser, Matthias Stefan

Kleta, Rolf

Richter, Horst

Schlösser, Heidi

Schlösser, Stefanie

FWG-Fraktion

Appel, Thomas W.

Dönges, Sabine

Kraft-Marhenke, Sabine

Mäser, Mathias

Niederwieser, Marcus

Schaffrath, Christian

Wiedenhöfer, Peter

Wolf, Peggy

FDP-Fraktion

Patzak, Wolfgang

Preißner, Dorothea

Pro Vernunft-Fraktion

Bähr, Gunnar

Faust, Wolfgang

Hornung, Reiner

Bündnis 90/Die Grünen

Cott, Joachim

Cott, Susanne

NPD-Fraktion

Ihmig, Willbrand

Lachmann, Daniel

Pabst, Rüdiger

Stadtverordnetenvorsteher

Marhenke, Reiner

vom Magistrat

Dießl, Reinhold

Klein, Sylvia
Mäser, Norbert
Schierhorn, Wilhelm ab 21:32 Uhr
Sebulke, Jörg
Spamer, Erich Bürgermeister
Strauch, Henrike Erste Stadträtin

Schriftführer

Bennemann, Gerhard Magistratsoberrat
Sommer, Sabine

Gäste

Grunewald, Alexander

Entschuldigt fehlen:

CDU-Fraktion

Appel, Thomas
Gerlach, Markus
Luft, Bernd

SPD-Fraktion

Scheid-Varisco, Manfred entschuldigt

FWG-Fraktion

Majunke, Ulrich

NPD-Fraktion

Kröll, Sören James entschuldigt

vom Magistrat

Diefenbach, Horst
Strehm, Tim
Stürz, Edgar

Tagesordnung:

- 1 Anfragen aus der Bevölkerung
- 2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen
 - 3.1 Bericht des Magistrates, betr. Sanierung der Fahrbahn der Straße "Vorstadt"
Vorlage: VI/007/2016
 - 3.2 Bericht des Magistrates, betr. Renaturierung der Seeme
Vorlage: VI/008/2016
 - 3.3 Bericht des Magistrates, betr. Genehmigung der Haushalte des Eigenbetriebs
Gebäudewirtschaft
Vorlage: VI/009/2016
 - 3.4 Aktuelle Anfrage des Stv. Bähr, betr.: Sachstand alte Militärregierung
Vorlage: Anf/044/2016

- 3.5 Aktuelle Anfrage des Stv. Bähr, betr. Grundstücksverkauf Zwigl
Vorlage: Anf/045/2016
- 3.6 Aktuelle Anfrage der Stve. Preißer, betr.: Sachstand Hallenbad
Vorlage: Anf/046/2016
- 3.7 Aktuelle Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Geschwindigkeitsmessungen Wolf
Vorlage: Anf/047/2016
- 3.8 Aktuelle Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Folgen für städt. Mitarbeiter
Vorlage: Anf/048/2016
- 3.9 Aktuelle Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Mitgliedschaft im Verein "Demokratie leben"
Vorlage: Anf/049/2016
- 3.10 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Sachstand German Radar
Vorlage: Anf/050/2016
- 3.11 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Erhebung von Schaffensbeiträgen bei Hausanschlüssen
Vorlage: Anf/051/2016
- 3.12 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Stellungnahme zum Verein "Demokratie leben!"
Vorlage: Anf/052/2016
- 3.13 Aktuelle Anfrage des Stv. Kleta, betr.: Sachstand Jerusalemer Tor
Vorlage: Anf/053/2016
- 4 Bericht des Kämmers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Anfragen der Fraktionen

- 5 Anfrage der Fraktion SPD, betr.: Sportplatz Bruchwiese
Vorlage: IV/019/2016
- 6 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Eigenbetrieb Grundstücks- und Gebäudewirtschaft, hier: Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2016
Vorlage: IV/018/2016

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 7 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Erweiterung des Anforderungsprofils in den Stellenbeschreibungen für pädagogische Zweitkräfte in den Büdinger Kindergärten
Vorlage: III/063/2016
- 8 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Einrichtung eines Zentrums für Existenzgründer
Vorlage: III/064/2016

- 9 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Namenstafel zum Gedenken der verfolgten und ermordeten jüdischen Mitbürger
Vorlage: III/066/2016
- 10 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Verkauf des Stabsgebäudes der ehemaligen Armstrongkaserne
Vorlage: III/070/2016
- 11 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FWG, FDP und Die Grünen, betr.: Nutzung der "Alten Polizeistation" für die Jugendarbeit
Vorlage: III/071/2016
- 12 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Reduzierung der Grundsteuer B für das Jahr 2017
Vorlage: III/067/2016
- 13 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Erhöhung Stadtteilbudget
Vorlage: III/068/2016
- 14 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Informationen im Ratsinfosystem, hier: Regeln in der Geschäftsordnung
Vorlage: III/069/2016
- 15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, betr.: Verlängerung der Grünphasen an Ampeln für Fußgänger
Vorlage: III/072/2016
- 16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, betr.: Entschärfung des Unfallschwerpunktes an der Kreuzung B457/Industriestraße
Vorlage: III/073/2016
- 17 Antrag der NPD-Fraktion, betr.: Prüfauftrag – Bremsschwellen im Stadtteil Wolf
Vorlage: III/065/2016

Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers

- 18 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers, betr.: Beanstandung des Bürgermeisters gegen den Beschluss der SVV vom 18. März 2016
Vorlage: VI/006/2016

Ausschussberichte

- 19 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Modellprojekt "Familienstadt mit Zukunft"
Vorlage: II/409/2016/1
- 20 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Antrag der Fraktion FWG, hier: Schulkinderbetreuung an Grundschulen in Büdingen durch die Schulfördervereine
Vorlage: III/430/2015/1

- 21 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Antrag der Fraktion CDU, hier: Schulbetreuung an der Stadtschule Büdingen der 1. und 2. Klasse
Vorlage: III/435/2015/1
- 22 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: I/100/2016/1/1
- 23 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2011
hier: Genehmigung gemäß § 100 HGO von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Vorlage: II/024/2016/1
- 24 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Große Anfrage der CDU-Fraktion, hier: Förderung der Vergabe der Ehrenamtskarte in Büdingen
Vorlage: IV/179/2015/1
- 25 Bericht des Ausschusses JKS, Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Einrichtung einer "Bücher-Tausch-Börse"
Vorlage: III/480/2016/1
- 26 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FDP-Fraktion zur Stadtbücherei
Vorlage: III/028/2016/1
- 27 Bericht des Ausschusses JKS betr.: Antrag der CDU-Fraktion Rauchfreie Zonen im Freibad
Vorlage: II/044/2016
- 28 Bericht des Ausschusses JKS Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP, betr.: Ausweitung Schulsozialarbeit auf die Grundschulen Düdelsheim, Wolf und Vonhausen
Vorlage: III/047/2016/1
- 29 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr. Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Bevorrechtigungen für Elektrofahrzeuge beim Parken
Vorlage: III/033/2016/1
- 30 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr. Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Pilotprojekt - Hundewiese in Büdingen
Vorlage: III/037/2016/1
- 31 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr.: Reparaturen an der Hainmauer
Vorlage: II/023/2016/2

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 32 Übertragung Mittel Wirtschaftsförderung
Vorlage: II/042/2016

- 33 Übertragung der Mittel aus dem Verkauf des Braunen Berg an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft
Vorlage: I/157/2016
- 34 Übertragung eines Gebäudes in das Sondervermögen des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft, betr.: Rathaus Eckartshausen
Vorlage: II/031/2016/1
- 35 Änderungssatzung über die Benutzung des Recyclinghofes der Stadt Büdingen und die Erhebung von Gebühren
Vorlage: I/145/2016/1
- 36 Vorlage des Magistrats, betr.: 6. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung
Vorlage: II/040/2016/1
- 37 Erschließungs- und Bebauungskonzept "In der Langgewann" in der Kernstadt Büdingen
Vorlage: I/087/2016/1
- 38 Büdingen Stadtteil Wolferborn, Bebauungsplan Nr. 3 "Am Pflaster" (2. Änd.)
Vorlage: I/163/2016/1

Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

- 39.1 Tausch einer Grundstücksteilfläche, Am Hammer 10, 63654 Büdingen
Vorlage: I/140/2016/1
- 40 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten
- 41 Bekanntgaben an die SVV

NIEDERSCHRIFT

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke eröffnet die Sitzung um 20:02 Uhr. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und bei 30 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Er trägt die Vorschläge aus dem Stadtverordnetenvorstand wie folgt vor:

Ohne Aussprache sollen behandelt werden die TOP 20, 21, 22, 23, 23, 24, 25, 26 Abs. 2, 28, 29, 30, 31 wobei über beide Absätze getrennt abgestimmt werden soll, 33, 34, 35 und 39.1.

Direkt verwiesen werden TOP 7 und 11 an den Ausschuss JKS, 26 an den Haupt- und Finanzausschuss, TOP 15 und 16 an den Magistrat, der im Bau- und Planungsausschuss berichten soll sowie die Top 37 und 38 an den Bau- und Planungsausschuss.

Die TOP 8 und 10 sollen in verbundener Debatte gemeinsam beraten werden.

Der vorgeschlagenen Verfahrensweise stimmt die Stadtverordnetenversammlung einstimmig mit 30 Ja-Stimmen zu.

1 Anfragen aus der Bevölkerung

Es lagen keine Anfragen aus der Bevölkerung vor.

2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Marhenke weist auf den Feuerwehrball am 7. Januar hin, für den es nur noch wenige Karten gebe.

3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen

3.1 Bericht des Magistrates, betr. Sanierung der Fahrbahn der Straße "Vorstadt"

Vorlage: VI/007/2016

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass die Stadt jetzt einen Widerspruchsbescheid erhalten habe, mit dem das Verbot, die stark beschädigte Fahrbahn zu asphaltieren bestätigt worden sei. Der Magistrat habe beschlossen, dagegen Klage vor dem Verwaltungsgericht zu erheben, diese müsse bis zum 6. Januar beim Gericht eingegangen sein.

3.2 Bericht des Magistrates, betr. Renaturierung der Seeme

Vorlage: VI/008/2016

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass die Ausschreibung für die eigentlich in diesem Jahr vorgesehenen Renaturierungsmaßnahmen gegenüber dem Heliport zunächst zurückgestellt worden seien, weil die Submissionsergebnisse weit über den zur Verfügung stehenden Mitteln gelegen hätten. Auf Antrag der Stadt sei jetzt ein neuer Förderungsantrag mit den höheren Kosten genehmigt worden, so dass das Verfahren jetzt weiterbetrieben werden könne.

3.3 Bericht des Magistrates, betr. Genehmigung der Haushalte des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft

Vorlage: VI/009/2016

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass die Aufsichtsbehörde jetzt die Wirtschaftspläne 2016 und 2017 des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft genehmigt habe. Es gebe Auflagen, so müsse jede Kreditaufnahme einzeln genehmigt werden und der Erlös des Verkaufs der Flächen „Brauner Berg“ müssen an den Eigenbetrieb übertragen werden. Der entsprechenden Beschluss stehe heute auf der Tagesordnung.

3.4 Aktuelle Anfrage des Stv. Bähr, betr.: Sachstand alte Militärregierung

Vorlage: Anf/044/2016

Stv. Bähr fragt nach dem Sachstand zum Verkauf der alten Militärregierung. Ob sich seit der letzten Sitzung was ergeben habe.

Bürgermeister Spamer erklärt es habe sich nichts Neues ergeben. Auf Nachfrage von **Stv. Bähr** ob eine Kaufanfrage eingegangen sei, erwidert

Bürgermeister Spamer das dem so sei und der Anbieter einen Zwischenbescheid erhalten habe.

**3.5 Aktuelle Anfrage des Stv. Bähr, betr. Grundstücksverkauf Zwigl
Vorlage: Anf/045/2016**

Stv. Bähr bemängelt, dass es keine Mitteilung darüber über einen Grundstücksverkauf im Baugebiet ZWIGL gegeben habe. Dies habe er aus der Zeitung entnehmen müssen. Dies sei wichtiger als ein Altennachmittag und wäre eine Mitteilung der Verwaltung an alle Stadtverordneten wert.

Bürgermeister Spamer erklärt, dass es dem Verbandvorsitzenden obliege dies bekannt zu geben. Er gehe davon aus, dass die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an dem Geschehen der Stadt interessiert seien und die örtlichen Zeitungen verfolgten.

**3.6 Aktuelle Anfrage der Stve. Preißer, betr.: Sachstand Hallenbad
Vorlage: Anf/046/2016**

Stve. Preißer fragt nach, ob sich der Magistrat über das Hallenbadgebäude Gedanken gemacht habe.

Bürgermeister Spamer erklärt, dass sich der Magistrat Gedanken gemacht habe. Der Wert sei mit 560.000,00 € festgestellt worden. Er glaube aber nicht, dass dies bei einem Verkauf auch erzielt werde. Das Gebäude werde über Immobilienscout angeboten.

**3.7 Aktuelle Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Geschwindigkeitsmessungen
Wolf
Vorlage: Anf/047/2016**

Stv. Lachmann fragt an, wie oft in den Jahren 2015 und 2016 Kontrollen zur Geschwindigkeitsmessung in der Nähe der Grundschule in Wolf stattfanden.

Bürgermeister Spamer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**3.8 Aktuelle Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Folgen für städt. Mitarbeiter
Vorlage: Anf/048/2016**

Stv. Lachmann fragt an, welche Folgen es für den städt. Mitarbeiter habe, der ein Zitat von Goebbels in einer Vorlage verwandt und damit die NPD herabwürdigt habe.

Bürgermeister Spamer erklärt, es habe keine Folgen, da eine Herabwürdigung nur in seiner Phantasie bestünde.

3.9 Aktuelle Anfrage des Stv. Lachmann, betr.: Mitgliedschaft im Verein "Demokratie leben"
Vorlage: Anf/049/2016

Stv. Lachmann fragt **Erste Stadträtin Strauch** warum ihm die Mitgliedschaft im Verein „Demokratie leben“ verwehrt worden sei.

Bürgermeister Spamer erklärt, dass der Magistrat hierfür keine Auskunft geben könne, es sich um eine Vereinsangelegenheit handeln würde.

3.10 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Sachstand German Radar
Vorlage: Anf/050/2016

Stv. Hornung fragt nach dem Sachstand German Radar.

Bürgermeister Spamer erklärt, der Vertrag mit German Radar sei gekündigt und werde abgewickelt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen seien die Gelder für eine Blitzanlage bereitgestellt, die Ausschreibung sei in Vorbereitung.

3.11 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Erhebung von Schaffensbeiträgen bei Hausanschlüssen
Vorlage: Anf/051/2016

Stv. Hornung erklärt, es läge jetzt eine Stellungnahme eines Fachanwaltes vor. Er fragt, ob jetzt Bescheide über Schaffensbeiträgen erlassen würden.

Bürgermeister Spamer erklärt, dass noch keine endgültige Antwort seitens des Anwalts vorliege. Er erteilt **Magistratsoberrat Bennemann** das Wort.

Magistratsoberrat Bennemann erklärt, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem das Kasernengelände erstmals an die Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen worden sei, der wirtschaftliche Grundstücksbegriff in Hessen angewandt wurde. Es wurde daher bei der Ermittlung von Beiträgen die gesamte einheitlich genutzte Fläche veranlagt, ohne Rücksicht drauf, ob es sich im Einzelnen um Panzerabstellplätze, Kasernengebäude, Sportstätten oder Exerzierplätze handelte. Es seine daher keine Bescheide zu erlassen.

Stv. Hornung stellt die Zusatzfrage, wie es sich dann bei der Reichhartsweide verhalten habe.

Magistratsoberrat Bennemann erklärt, dass hier ein anderer Sachverhalt vorläge und es auf den Inhalt der Erschließungsverträge ankomme.

3.12 Aktuelle Anfrage des Stv. Hornung, betr.: Stellungnahme zum Verein "Demokratie leben!"
Vorlage: Anf/052/2016

Stv. Hornung fragt, wer die Stellungnahme zum Verein „Demokratie leben!“ verfasst habe.

Erste Stadträtin Strauch erklärt, dass die Stellungnahme von der Ersten Vorsitzenden erstellt worden und der Magistrat zur Kenntnis erhalten habe.

Stv. Hornung fragt nach, wer die Mitarbeiter eingestellt habe.

Bürgermeister Spamer fügt an, dass die Mitarbeiter vom Verein eingestellt worden seien.

3.13 Aktuelle Anfrage des Stv. Kleta, betr.: Sachstand Jerusalemer Tor Vorlage: Anf/053/2016

Stv. Kleta fragt an, was bisher hinsichtlich der Schutzmaßnahmen für das Jerusalemer Tor unternommen worden sei, hier im Hinblick auf die Klage bezüglich der Vorstadt.

Bürgermeister Spamer erläutert, dass die Schutzmaßnahmen mit der Sanierung der Vorstadt einhergehen sollte. Der ursprüngliche Plan mit einem über der Straße hängenden Balken sei aus Sicht des Denkmalschutzes nicht umsetzbar. Jetzt habe würde eine Lichtschranke in Betracht gezogen, die Kosten würden sich auf ca. 20.000,00 € belaufen.

4 Bericht des Kämmers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass der Kassenkredit mit derzeit 11,75 Mio. Euro in Anspruch genommen werde. Dies seien 1,5 Mio. weniger als vor einem Jahr. Die detaillierten Zahlen würden am Montag elektronisch übermittelt.

Kontostände	Auszug vom	Stand	Endstand
Sparkasse	14.12.2016	644.160,00	644.160,00
<i>Vorjahr 16.12.2015</i>			<i>-79.513,29</i>
VR Bank	14.12.2016	124.605,41	124.605,41
<i>Vorjahr 16.12.2015</i>			<i>188.131,50</i>
Postbank	14.12.2016	26.737,74	26.737,74
<i>Vorjahr 16.12.2015</i>			<i>35.516,29</i>
Gesamtsumme			795.503,15
<i>Vorjahr 16.12.2015</i>			<i>144.134,50</i>
Ausgaben/ Rechnungen	nächste Fälligkeit		
fertig zum überweisen			10.802,67
erfasste Rechnungen im Umlauf			264.723,90
Eingangs-Rechnungen ca.			270.000,00
Kreis/Schulumlage			0,00
Gehälter ca.			0,00
Gesamtsumme			545.526,57

Einnahmen			
Schlüsselzuweisung			0,00
Abbuchungslauf Steuern u. a. ca.			0,00
Gem.ant. Steuern 31.12.			0,00
Gesamtsumme			0,00
Bankbestand			795.503,15
Verbindlichkeiten			-545.526,57
Forderungen			0,00
Kassenkredithöhe			12.000.000,00
(12 Mio. Sparkasse Oberhessen)			
Endstand 15.12.2016			249.976,58
Endstand inkl. Kassenkredit 15.12.2016			-11.750.023,42
<i>sonstige Forderungen Vorjahr</i>			0,00
<i>sonstige Verbindlichkeiten Vorjahr</i>			-459.291,54
Endstand inkl. Kassenkredit (13 Mio.) 17.12.2015			-13.315.157,04
Vergleich Endstand 2016/2015			1.565.133,62

Schlüsselzuweisung und Kreis-/Schulumlage entsprechen der vorl. Haushaltsplanung

Kassenkredit 10 Mio. Euro umgeschuldet von der NRW Bank zur Sparkasse Oberhessen (bis zum 12.06.2017 0,02 % Zinsen)

Kassenkredit SPK Oberhessen reduziert von 3 Mio. auf 2 Mio. Euro (bis zum 12.06.2017 0,02 %)

Stv. Kleta fragt, in welchem Umfang im Haushalt vorgesehene Investitionen nicht erfolgt seien und wie hoch dadurch diese Verbesserung der Haushaltslage ausgefallen sei.

Stv. Bähr beanstandet die Ausführungen als nicht dem Begleitbeschluss zum Haushalt entsprechend ungenügend. Wenn die Mehrheit sich damit begnüge, dann solle sie in den Haushaltsberatungen ganz auf diesen Bericht verzichten.

Anfragen der Fraktionen

5 Anfrage der Fraktion SPD, betr.: Sportplatz Bruchwiese Vorlage: IV/019/2016

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgende Anfrage der SPD-Fraktion zum Sportplatz Bruchwiese auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung:

Die Arbeiten des Stadtumbaus in der Emil-Diemer-Anlage und der Büchereiwiese sind in vollem Gange. Geplant war nach den Brückenarbeiten, die Sportplatzherrichtung aus städtischen Mitteln durchzuführen.

Dazu hat die SPD folgende Fragen:

1. In den Haushaltsplänen 2014 und 2015 waren jeweils Mittel in Höhe von 75 Tsd. € für die Sportplatzsanierung eingestellt. Sind die Mittel in 2016 übertragen worden? Können die Mittel beider Haushaltsjahre auf 2017 übertragen werden?
2. Gibt es konkrete Planungen, welche Maßnahmen notwendig sind und welche durchgeführt werden sollen/können?
3. Wann soll mit den Arbeiten begonnen werden?

Vorsorglich wird eine Aussprache beantragt.

Mit freundlichen Grüßen
Heidi Schlösser

Manfred Scheid-Varisco

Bürgermeister Spamer trägt die nachfolgende Antwort des Bauamtes vor.

- Zu 1. Die Mittel aus beiden Jahren sind bis zum Ende der Baumaßnahme verfügbar. Aktuell verausgabt sind 26.894,81€. Es steht noch eine Rechnung über ca. 8.500,-- € aus.
- Zu 2. Die Laufbahn 360 m sowie die 100 m Sprintstrecke werden saniert. Die Barriere, soweit erforderlich, ebenfalls. Auf dem Rasenplatz sind weitere Pflegemaßnahmen vorgesehen. Die Kugelstoßanlage wird neu gestaltet. Ferner ist eine Überprüfung und Überarbeitung der Ballfangzäune hinter den Toren geplant. Überdachte und transportable Spielerkabinen sind vorgesehen. Die Auflistung ist nicht abschließend. Wenn sich die Erfordernis für weitere Maßnahmen und Arbeiten ergibt, wird es entsprechend umgesetzt.
- Zu 3. Teilmaßnahmen sind abgeschlossen. Nach Abschluss der Arbeiten im Rahmen des Stadtumbaus werden die Arbeiten wieder aufgenommen und fortgesetzt. Die Stadtumbaumaßnahmen sind Voraussetzung um mit den weiteren Arbeiten am Sportplatz Bruchwiese fortzufahren. Aktuell wird davon ausgegangen, dass im Herbst 2017 damit zu rechnen ist.

Er sagt zu, dass die Antwort am Montag elektronisch übermittelt wird.

**6 Anfrage der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Eigenbetrieb Grundstücks- und Gebäudewirtschaft, hier: Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2016
Vorlage: IV/018/2016**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:

Bisher ist immer noch nicht bekannt geworden, ob der von der SVV beschlossene Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft für das HH-Jahr 2016 von der Kommunalaufsicht genehmigt wurde.

Wir haben daher folgende Fragen:

1. Wurde der Wirtschaftsplan des EB-Gebäudewirtschaft zwischenzeitlich genehmigt?
2. Welche Gründe liegen oder lagen für die Verweigerung der Genehmigung vor und wie können oder konnten diese ausgeräumt werden?
3. Welche Maßnahmen wurden im Jahr 2016 unter den Gesichtspunkten der vorläufigen Haushaltsführung durchgeführt?
4. Wurde die Aufsichtsbehörde gegebenenfalls um Einzelgenehmigungen gebeten und welche waren dies?

Begründung:

Die kommunalen Eigenbetriebe unterliegen nur bedingt der Überwachung der Gemeindeparlamente. In §5 des EIGBGES ist jedoch unter anderem aufgeführt, dass diese Parlamente für die Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne zuständig sind. Da die Kommune letztendlich für die Defizite der Eigenbetriebe haftet, ist es natürlich in deren Interesse, die Einhaltung der Festlegungen im Wirtschaftsplan und der einschlägigen Haushaltsregeln zu überwachen.

Eine Aussprache wird vorsorglich beantragt.

Reiner Hornung
Pro Vernunft

Antwort:

Zu den Fragen 1 und 2 verweist **Bürgermeister Spamer** auf seine Ausführungen unter TOP 3.3. Bezüglich der Fragen 3 und 4 sagt er eine schriftliche Beantwortung zu.

Anträge der Fraktionen und Beiräte

- 7 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Erweiterung des Anforderungsprofils in den Stellenbeschreibungen für pädagogische Zweitkräfte in den Büdinger Kindergärten**
Vorlage: III/063/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Anforderungsprofile in den Stellenbeschreibungen für pädagogische Zweitkräfte in den Büdinger Kindergärten so zu erweitern, dass englische, französische oder spanische Muttersprachler zukünftig bevorzugt eingestellt werden.

Beschluss:

Verwiesen an den Ausschuss JKS

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

- 8 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Einrichtung eines Zentrums für Existenzgründer**
Vorlage: III/064/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Büdingen wandelt ein im städtischen Eigentum befindliches ungenutztes Gebäude als Zentrum für Existenzgründer um, mit dem Ziel, einzelne Büroräume inklusive der Nutzungsmöglichkeit von Gemeinschaftseinrichtungen an junge Unternehmen zu vermieten.

Beschluss:

Verwiesen an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Bau- und Planungsausschuss zur gemeinsamen Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte mehrheitlich mit 23 JA Stimmen bei 8 Gegenstimmen.

- 9 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Namenstafel zum Gedenken der verfolgten und ermordeten jüdischen Mitbürger**
Vorlage: III/066/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung einer Gedenktafel mit allen Namen der ehemaligen jüdischen Mitbürger, die während der nationalsozialistischen Diktatur unschuldig ihr Leben verloren

haben. Diese soll ergänzend zu der Gedenktafel am historischen Rathaus und den Stolpersteinen auf den Straßen, im Herzen der Stadt aufgestellt werden. Die Finanzierung soll im Haushaltsplan 2017 eingeplant werden, wobei angestrebt werden soll, einen großen Teil der erforderlichen Mittel über Spenden bereitzustellen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Antrag an den Ausschuss JKS.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 10 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Verkauf des Stabsgebäudes der ehemaligen Armstrongkaserne**
Vorlage: III/070/2016

Beschlussvorschlag:

Das der Stadt Büdingen übereignete ehemalige Stabsgebäude in der ehemaligen Armstrong-Kaserne wird veräußert und die dafür erhaltenen Finanzmittel werden zur Mitfinanzierung des Kindergartenneubaus in Lorbach verwendet.

Mit dem Investor des ehemaligen Kasernengeländes sind Verhandlungen wegen eines Kindergartenneubaus auf diesem Areal zu führen. Im Mittelpunkt soll die Frage stehen: Zu welchen Konditionen könnte die Stadt einen Kindergarten anmieten?

Beschluss:

Verwiesen an den Haupt- und Finanzausschuss und den Bau- und Planungsausschuss zur gemeinsamen Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mit 23 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen.

- 11 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FWG, FDP und Die Grünen, betr.: Nutzung der "Alten Polizeistation" für die Jugendarbeit**
Vorlage: III/071/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Nutzung der "Alten Polizeistation" für die Jugendarbeit aus.

Der Magistrat wird beauftragt, die Umsetzbarkeit zu prüfen, ein Grobkonzept der Raumnutzung mit JJ zu erstellen, ein Grobkonzept der Sanierungsnotwen-

digkeiten mit Kostenschätzung zu erarbeiten und dem Ausschuss für Jugend, Kultur, Soziales in der Januarsitzung vorzulegen. Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft ist einzubeziehen.

Parallel dazu sollen – im Falle des Scheiterns der Umsetzungen - alternative Standorte geprüft werden.

Die Sanierungskosten sind bei den Haushaltplan-Beratungen des Eigenbetrieb HHs 2017 zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss JKS verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 12 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Reduzierung der Grundsteuer B für das Jahr 2017**
Vorlage: III/067/2016

Beschlussvorschlag:

Die Grundsteuer B wird mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2017 auf 400 v.H. reduziert.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Der Verweisungsantrag wurde mit 22 Gegenstimmen und 8 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die Ablehnung erfolgt mit 24 Gegenstimmen bei 6 Ja-Stimmen.

- 13 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Erhöhung Stadtteilbudget**
Vorlage: III/068/2016

Beschlussvorschlag:

Die Mittel für den Aufwand der Pflege und Unterhaltung der Spielplätze, Park- und Gartenanlagen sowie der Straßenreinigung in den einzelnen Stadtteilen wird dem jeweiligen Stadtteilbudget zugeschlagen. Als Höhe des Ansatzes wird der Durchschnitt aus dem tatsächlichen Aufwand der Jahre 2013 – 15 genommen.

Beschluss:

Verwiesen an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen.

- 14 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Informationen im Ratsinfosystem, hier: Regeln in der Geschäftsordnung
Vorlage: III/069/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung erstellt Regeln, nach denen Informationen im Ratsinfosystem der Stadt Büdingen eingestellt werden. Diese Regeln werden in der Geschäftsordnung festgeschrieben.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Stadtverordnetenvorstand verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, betr.: Verlängerung der Grünphasen an Ampeln für Fußgänger
Vorlage: III/072/2016**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Grünphasen für Fußgänger verlängern zu lassen.

Beschluss:

Der Magistrat soll über das Ergebnis seiner Prüfung im Bau- und Planungsausschusses berichten.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen, betr.: Entschärfung des Unfallschwerpunktes an der Kreuzung B457/Industriestraße
Vorlage: III/073/2016**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, HessenMobil zu veranlassen, an der Einmündung der Industriestraße in die B 457 ein festes Geschwindigkeitsmessgerät zu installieren.

Beschluss:

Der Magistrat soll im Bau- und Planungsausschuss berichten.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 17 Antrag der NPD-Fraktion, betr.: Prüfauftrag – Bremsschwellen im Stadtteil Wolf**
Vorlage: III/065/2016

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat möge die Kosten für die Anbringung von Bremsschwellen oder Bremshügel in Wolf im Kreuzungsbereich Aulendiebacher Straße / Zur Wolfer Mühle (Fahrtrichtung Feldweg von Aulendiebach) ermitteln.

In die Prüfung soll der Magistrat den Ortsbeirat in die Planungen miteinbeziehen und im Haupt- und Finanzausschuss über das Ergebnis berichten.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung wurde mehrheitlich mit 28 Gegenstimmen bei 3 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die Ablehnung erfolgt mehrheitlich mit 28 Gegenstimmen bei 3 Ja-Stimmen.

Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers

- 18 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers, betr.: Beanstandung des Bürgermeisters gegen den Beschluss der SVV vom 18. März 2016**
Vorlage: VI/006/2016

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die Beanstandung des Bürgermeisters vom 14. November 2016 wie folgt:

Entweder:

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt ihren Beschluss vom 18. März 2016 zur Erweiterung des Abbaubereiches des Steinbruchs Glock im Stadtteil Calbach und beschließt, gegen die Beanstandung des Bürgermeisters vom 14. November 2016 Klage vor dem Verwaltungsgericht Gießen einzureichen.

Oder:

Der Beanstandung wird statt gegeben.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, gegen die Beanstandung des Bürgermeisters Klage zu erheben.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 23 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 7 Enthaltungen gefasst.

Ausschussberichte

- 19 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Modellprojekt "Familienstadt mit Zukunft"**
Vorlage: II/409/2016/1

Bericht:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 10.10.2016 über den Tagesordnungspunkt beraten und sich darauf geeinigt, die inhaltliche Beratung dem Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales zu überlassen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde man über die finanziellen Auswirkungen diskutieren.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Kenntnisnahme erfolgt einstimmig bei 2 Enthaltungen und 28 Ja-Stimmen.

- 20 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Antrag der Fraktion FWG, hier: Schulkinderbetreuung an Grundschulen in Büdingen durch die Schulfördervereine**
Vorlage: III/430/2015/1

Bericht:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 10.10.2016 über den Tagesordnungspunkt beraten und sich darauf geeinigt, die inhaltliche Beratung dem Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales zu überlassen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde man über die finanziellen Auswirkungen diskutieren.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Die Kenntnisnahme erfolgt einstimmig bei 2 Enthaltungen und 28 Ja-Stimmen.

- 21 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Antrag der Fraktion CDU, hier: Schulbetreuung an der Stadtschule Büdingen der 1. und 2. Klasse**
Vorlage: III/435/2015/1

Bericht:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 10.10.2016 über den Tagesordnungspunkt beraten und sich darauf geeinigt, die inhaltliche Beratung dem Ausschuss für Jugend, Kultur und Soziales zu überlassen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde man über die finanziellen Auswirkungen diskutieren.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Kenntnisnahme erfolgt einstimmig mit 28 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

- 22 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2011**
Vorlage: I/100/2016/1/1

Beschlussvorschlag:

I. Der Jahresabschluss 2011 wird festgestellt.

II. Verwendung des Jahresergebnisses

Es wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 86.191,69 € der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

Der Jahresfehlbetrag aus dem ordentlichen Ergebnis des Jahres 2011 in Höhe von 4.211.930,18 € wird nach Verrechnung mit der Rücklage aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (1.428.330,22 €) in voller Höhe auf die neue Rechnung vorgetragen.

III. Gem. § 114 Abs. 1 HGO wird dem Magistrat die Entlastung erteilt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

- 23 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2011
hier: Genehmigung gemäß § 100 HGO von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Vorlage: II/024/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 100 HGO folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen auf Teilhaushaltsebene

- THH 9 – Budget Fördermaßnahmen für Schüler
- THH 21 – Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- THH 24 – Abfallbeseitigung
- THH 34 – Stadtteilbudgets

Sowie die außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich der Investitionen:

- I-Nummer 3660002 Spielgeräte Spielplätze

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

- 24 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Große Anfrage der CDU-Fraktion, hier: Förderung der Vergabe der Ehrenamts-card in Büdingen
Vorlage: IV/179/2015/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zur Steigerung der Attraktivität der Ehrenamts-card, den Gewerbeverein zu bitten, geeignete Angebote bei seinen Mitgliedern einzuwerben und sobald die Angebote definiert sind die Vereine zu informieren und dafür zu werben Ehrenamtliche für ihre Tätigkeiten zu würdigen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

- 25 Bericht des Ausschusses JKS, Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Einrichtung einer "Bücher-Tausch-Börse"**
Vorlage: III/480/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt die Ortsvorsteher zu befragen, ob Interesse an einer Bücher-Tausch-Börse in den Stadtteilen besteht und gegebenenfalls geeignete Standorte zu benennen. Ferner ist bei Interesse die Betreuung der Standorte zu klären.
2. Der Magistrat wird beauftragt mit dem Geschichtsverein zu klären, ob im Heuson-Museum ein Regal für die Bücher-Tausch-Börse angebracht und betreut werden kann.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 26 Bericht des Ausschusses JKS, betr.: Antrag der FDP-Fraktion zur Stadtbücherei**
Vorlage: III/028/2016/1

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss JKS empfiehlt einstimmig der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt auf der Grundlage des nächsten Jahresberichtes die Anpassung von 27.500,- Euro auf mindestens 30.000,- Euro als dauerhaften Haushaltsposten ein.
2. In der Stadtbücherei wird umgehend ein Internetzugang und ein Internetabeitsplatz eingerichtet.
3. In der Stadtbücherei wird eine weitere Stelle in Vollzeit eingerichtet, um die Qualität der Stadtbücherei als zentralen Bildungs- und Informationsort sowie als Aufenthalts-, Begegnungs- und Kommunikationsort wenigstens auf dem derzeitigen Stand abzusichern.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt Abs. 2 der Vorlage.

Die Abs. 1 und 3 werden an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss und die Verweisung erfolgen einstimmig mit 31 bzw. 30 Ja-Stimmen

**27 Bericht des Ausschusses JKS betr.: Antrag der CDU-Fraktion Rauchfreie Zonen im Freibad
Vorlage: II/044/2016**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Im Freibad der Stadt Büdingen gilt ein generelles Rauchverbot, mit Ausnahme von gekennzeichneten Raucherzonen, die vom Magistrat noch auszuweisen sind. Die Badeordnung wird entsprechend geändert.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 27 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

**28 Bericht des Ausschusses JKS Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP, betr.: Ausweitung Schulsozialarbeit auf die Grundschulen Düdelsheim, Wolf und Vonhausen
Vorlage: III/047/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu klären, ob eine Aufstockung des Vertrages mit JJ in Bezug auf die Schulsozialarbeit um 4 Stunden möglich ist. Die zusätzlichen 4 Stunden sollten für die Grundschulen Düdelsheim, Wolf und Vonhausen zur Krisenintervention vorgehalten werden.
2. Der Magistrat wird beauftragt, dem Wetteraukreis den Bedarf an Schulsozialarbeit an den weiterführenden sowie an den Grundschulen für das Schuljahr 2017/18 unverzüglich zu melden, um für die betroffenen Schulen und die Stadt Büdingen Planungssicherheit zu gewährleisten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 28 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

- 29 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr. Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Bevorrechtigungen für Elektrofahrzeuge beim Parken
Vorlage: III/033/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt an den vorgesehenen E-Aufladestationen kostenfrei Parkplätze für E-Mobilfahrzeuge auszuweisen.

Die Jahresparkausweise werden für 50 % an die Halter der E-Mobilfahrzeuge verkauft.

Die Satzung ist entsprechend zu ändern.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 30 Bericht des Bau- und Planungsausschuss, betr. Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Pilotprojekt - Hundewiese in Büdingen
Vorlage: III/037/2016/1**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zuzustimmen.

Er empfiehlt folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen unterstützt die Einrichtung einer Hundewiese, wenn sich ein entsprechender Verein gründet, der die Wiese einrichtet, unterhält und pflegt. Die entsprechende Förderung orientiert sich dabei an anderen Büdinger Vereinen, die Vereinsgelände unterhalten bzw. an entsprechenden Vereinsförderrichtlinien.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

31 Bericht des Bau- und Planungsausschusses, betr.: Reparaturen an der Hainmauer

Vorlage: II/023/2016/2

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen führt an der Hainmauer zur Sicherstellung des Hochwasserschutzes dringend erforderliche Reparaturmaßnahmen durch. Die Maßnahmen werden auf den zur Verfügung stehenden Haushaltsaufgaberest in Höhe von 28.000,00 € begrenzt.

Der Magistrat wird beauftragt, parallel mit dem Grundstückseigentümer über eine Eigentumsübertragung zu verhandeln.

Der TOP wird als ständiger Punkt an den Bau- und Planungsausschuss überwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt zu Abs. 1 einstimmig mit 31 Ja-Stimmen, zu Abs. 2 mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen.

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

32 Übertragung Mittel Wirtschaftsförderung

Vorlage: II/042/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen die Mittel Wirtschaftsförderung aus dem Haushalt 2016 für übertragbar zu erklären.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung wird mehrheitlich abgelehnt mit 26 Gegenstimmen bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Der Sachbeschluss erfolgt mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

- 33 Übertragung der Mittel aus dem Verkauf des Braunen Berg an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft**
Vorlage: I/157/2016

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Erhöhung des Sondervermögens Eigenbetriebs Grundstück und Gebäudewirtschaft im Zuge einer Kapitaleinlage in Höhe von 536.000 Euro. Dies entspricht dem Verkaufserlös des Grundstückes „Der Brauner Berg“ Die Einlage ist zweckgebunden zur Reduzierung des Zwischenfinanzierungsdarlehens „Neubau Feuerwehrstützpunkt“ zu verwenden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen,

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 34 Übertragung eines Gebäudes in das Sondervermögen des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft, betr.: Rathaus Eckartshausen**
Vorlage: II/031/2016/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen überträgt die Erneuerungskosten, sowie die erhaltenen Investitionszuwendungen des Alten Rathaus Eckartshausen, Unterpforte 21, Büdingen – Eckartshausen im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 und zum 31.12.2013 in das Sondervermögen des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

- 35 Änderungssatzung über die Benutzung des Recyclinghofes der Stadt Büdingen und die Erhebung von Gebühren**
Vorlage: I/145/2016/1

Beschlussvorschlag:

Satzung über die Benutzung des Recyclinghofes
der Stadt Büdingen und die Erhebung von Gebühren

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. 2005 I, S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.09.2016 (GVBl. I, S. 167, der §§ 5, 16, 17, 30 und 52 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung 01.04.2005 (GVBl. 2005 I, S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2015 (GVBl. I, S. 618), der §§ 1 bis 5a und 10 des Hessischen Kommunalen Abgabengesetzes in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. I S. 134), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2015 (GVBl. I S. 618), der §§ 13 bis 15 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes in der Fassung vom 27.09.1994 (BGBl. I S. 2705), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986) sowie der §§ 4 und 9 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 06.03.2013 (GVBl. I 2013 S. 80), in der Fassung vom 17.12.2015 (GVBl. I S. 636) hat die die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen in Ihrer Sitzung am 16.12.2016 die nachstehende Recyclinghof-Gebührensatzung beschlossen:

Artikel I

Die nachfolgenden Vorschriften werden geändert:

§ 4

Gebühr

- (1) Die Bemessung der Gebühr für die Annahme von Sperrmüll, ~~Metall, Flachglas,~~ Grünabfall, Bauschutt, ~~Papier, Pappe und Kartonagen sowie Altholz der Altholzkategorie A I bis A III~~ ist das Gewicht, das durch auf dem Recyclinghof/den Recyclinghöfen installierte und geeichten Waagen ermittelt wird.

Maßgebend ist der Wiegeausdruck des Recyclinghofes.

- (2) Es gelten hierfür folgende Gebührensätze:

1.	Sperrmüll	je angefangene Kilogramm	0,12 €
2.	Metall	je angefangene Kilogramm	0,00 €
3.	Flachglas	je angefangene Kilogramm	0,00 €
4.	Grünabfälle	je angefangene Kilogramm	0,03 €
5.	Bauschutt	je angefangene Kilogramm	0,05 €
6.	Papier, Pappe, Kartonagen	je angefangene Kilogramm	0,00 €
7.	Altholz der Altholzkategorie A I bis A III	je angefangene Kilogramm	0,00 <u>0,09</u> €

- (3) Die Gebühr für die Annahme von PKW- und Motorradreifen erfolgt pro Stück. Hierfür wird eine Gebühr von 3,50 € je Stück erhoben.

- (4) Für die unter § 1 Absatz 2 b); h) bis j) und Absatz 2 l) ~~bis o)~~ genannten Abfälle wird keine Gebühr erhoben.

- (5) Sollte aus rechtlichen und/oder technischen Gründen an den Recyclinghö-

fen nicht in 1-Kilogramm Schritten gewogen werden können, so wird in 2-Kilogramm-Schritten ermittelt, d.h. es wird auf die nächste gerade Zahl aufgerundet und mit der Gebühr nach Absatz 2 multipliziert.

Artikel II

Die übrigen Vorschriften bleiben unverändert.

Artikel III

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2017 in Kraft.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

36 Vorlage des Magistrats, betr.: 6. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung Vorlage: II/040/2016/1

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Büdingen bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende 6. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Büdingen:

Aufgrund der §§ 5 und 27 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786) in der derzeit gültigen Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen am 16.12.2016 folgende 6. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung beschlossen:

Art. I

§ 3 Absatz 1 der Entschädigungssatzung wird um folgenden Text ergänzt:

Die Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 15,00 €/Sitzung für maximal 10 Sitzungen im Jahr und für höchstens 15 Mitglieder.

§ 3 Absatz 2 der Entschädigungssatzung wird um folgende Zeile zwischen „die Ortsvorsteher“ und „den Vorsitzenden des Ausländerbeirates“, ergänzt:

den Vorsitzenden des Kinder- und Jugendbeirates 35,00 €

Art. II

Die übrigen Vorschriften der Entschädigungssatzung bleiben unberührt.

Art. III

Die Satzung tritt am 1. Mai 2016 in Kraft.

Die Geschäftsordnung des Kinder- und Jugendbeirates ist mit diesem Beschluss entsprechend geändert.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 30 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

**37 Erschließungs- und Bebauungskonzept "In der Langgewann" in der Kernstadt Büdingen
Vorlage: I/087/2016/1**

Bericht:

In ihrer Sitzung vom 23.10.2015 (Vorlage Nr. I/157/2014/1/1) hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, für den von der Änderung betroffenen Bereich des Bebauungsplans „In der Langgewann“ die Erstellung eines Erschließungskonzeptes in Auftrag zu geben, um eine Kostenschätzung erstellen zu können.

Das beauftragte Planungsbüro hat zwischenzeitlich ein entsprechendes Konzept ausgearbeitet.

Der Magistrat hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Konzept befasst und dieses in seiner Sitzung am 27.10.2016 zusammen mit der von der Verwaltung überarbeiteten städtebaulichen Vorkalkulation (zu S. 17 des Konzeptes) zur Kenntnis genommen.

Im Interesse einer Ordnung der dortigen, im Eigentum der Stadt Büdingen befindlichen Grundstücke sollte ggf. eine Entscheidung getroffen werden, die auch unter dem Gesichtspunkt der Lage und der Flächen, die im Kasernengelände erschlossen werden, eine mögliche Erschließung in Teilabschnitten vorsieht.

Beschluss:

Verwiesen an den Bau- und Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

38 Büdingen Stadtteil Wolferborn, Bebauungsplan Nr. 3 "Am Pflaster" (2. Änd.)

Vorlage: I/163/2016/1

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage beigefügte Ergebnisbericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wird mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung billigt die als Anlage beigefügten Beschlussvorschläge zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 BauGB i. V. mit § 81 HBO in der Fassung vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 274) und § 51 HGO i. d. F. vom 1. April.1993 (GVBl. 1992 I S. 534) den Bebauungsplan Nr. 3 „Am Pflaster“ (2. Änderung) als Satzung und die Begründung hierzu.
4. Der Magistrat wird beauftragt, das Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB mitzuteilen und den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Beschluss:

Verwiesen an den Bau- und Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt einstimmig mit 30 Ja-Stimmen.

Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte**39.1 Tausch einer Grundstücksteilfläche, Am Hammer 10, 63654 Büdingen**
Vorlage: I/140/2016/1**Beschlussvorschlag:**

Dem Tausch einer (in der beigefügten Karte mit „A“ bezeichneten) ca. 622 m² großen Teilfläche aus den städtischen Grundstücken Fl. 30 Nr. 2/1 „Der kleine Taubenrain“ (Größe: 312698 m²) und Fl. 4 Nr. 21/1 „Rinderbüger Tal“ (Größe: 941 m²) gegen eine (in der beigefügten Karte mit „B“ bezeichnete) ca. 533 m² große Teilfläche aus dem Grundstück Fl. 4 Nr.9/8 „Am Hammer 8 und 10“ (Größe: 1252 m², Eigentümer: Herr) wird zugestimmt.

Die von Herrn eingebrachte Minderfläche wird durch den vorhandenen Baumbestand ausgeglichen. Auf eine zusätzliche Ausgleichszahlung wird verzichtet.

Alle im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Tausch anfallenden Kosten gehen zu Lasten des Antragstellers.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit 31 Ja-Stimmen.

40 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

Es gab keine Vorlagen.

41 Bekanntgaben an die SVV

Ausschussvorsitzende Huxhorn-Engler teilt mit, dass der Ausschuss JKS sich am 10. Januar um 18:30 Uhr zu einem Ortstermin an der alten Polizeistation treffe.

Fraktionsvorsitzende Schlösser teilt mit, dass die SPD am 13. Januar zu einem Neujahrsempfang in den Sitzungssaal einlade.

Ende der Sitzung: 22:35 Uhr.

Büdingen, 22. Dezember 2016

(Gerhard Bennemann)
Schriftführer

(Reiner Marhenke)
Stadtverordnetenvorsteher